

**STADT KARLSRUHE**  
**Stadtamt Durlach**

**Niederschrift Nr. 10/2015**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach  
am: Mittwoch, 11. 11.2015  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:20 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

-----  
Vorsitzender: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:

Es waren anwesend:

**CDU:** OR Griener, OR Scheuermann, OR Kehrlé,  
OR Mächtlinger, OR Böhler-Friess, OR Müller

**B 90/Die Grünen:** OR Pötzsche, OR Dr. Puzicha-Martz, OR Maier,  
OR Öczay, OR Köster, OR Dr. Wagner

**SPD:** OR Pfalzgraf, OR Dr. Rausch, OR Holstein, OR Köster, OR Volz,

**FDP:** OR Malisius, OR Dr. Fink-Sontag,

**FW:** OR Stutz, OR Wenzel

**Es fehlten:**

**a) entschuldigt:** OR Henkel (CDU)

**b) nicht entschuldigt:** -

**Schriftführerin:**

Rosemarie Susi (StADu)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Frau Scheuerer (SuS), Herr Axtmann  
(ZJD), Herr Messerschmidt (VBK), Herr Rößler (StADu), Frau Susi (StADu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 29. Oktober 2015 Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 5. November 2015 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der Durlacher Schulen**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 10. Sitzung des Ortschaftsrats Durlach. Sie ruft TOP 1 auf und begrüßt hierzu Frau Scheuerer vom Schul- und Sportamt.

**Frau Scheuerer (SuS)** bedankt sich für die Einladung. Sie ist hier um die Schulsituation der Durlacher Schulen vorzustellen. Danach ist sie gerne bereit Fragen zu beantworten. Sie geht auf die Statistik ein, die anhand einer Power-Point-Präsentation vorgeführt wird (s. Anlage).

Sie geht auf die von **Ortschaftsrätin Fink-Sontag** gestellte Frage nach der Schulsituation in der Gewerbeschule Durlach und hier insbesondere auf die Flüchtlingsproblematik ein. Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge an der Gewerbeschule Durlach bilden vier Klassen mit jeweils 16 – 18 Schülern. Die Altersklasse erstreckt sich von 12 Jahren bis 21 Jahren. Drei Klassen sind so genannte Anfängerklassen, d.h. dort sind Kinder und Jugendliche mit Flüchtlingshintergrund, ohne jegliche Deutschkenntnisse. Der Schwerpunkt in diesen Klassen liegt darin, diesen Kindern die deutsche Sprache beizubringen. Die vierte Klasse ist besetzt mit Schülerinnen und Schülern, die ausreichende oder annähernd gute Deutschkenntnisse vorweisen können. Diese vierte Klasse strebt als Ziel in ihrem Endausbau den Hauptschulabschluss an. Zur Unterrichtung dieser vier zusätzlichen Klassen wurden der Gewerbeschule in Durlach zwei weibliche Lehrkräfte mit insgesamt 35 Debutatsstunden zugewiesen. Neben den anderen Debutatszuweisungen und Lehrkräften sind diese ein Zusatz ausschließlich für die vier Anfangs- und Vorbereitungsklassen.

Zur Flüchtlings-Situation insgesamt in Karlsruhe erklärt Sie, dass neben diesen vier Klassen in der Gewerbeschule Durlach eine weitere Klasse an der Carl-Hofer-Schule mit den Jahrgängen 12 – 19 Jahre und drei Klassen in dieser Zusammensetzung an der Elisabeth-Selbert-Schule, im Beierteimer Feld unterrichtet werden. Damit keine Missverständnisse aufkommen, möchte Sie darauf hinweisen, dass die rund 70 Kinder aus dem gesamten Stadtgebiet Karlsruhe der Gewerbeschule Durlach zugewiesen werden.

Zum Markgrafen-Gymnasium möchte Sie noch ergänzen, dass man das pädagogische Konzept für den Ganztagesbetrieb noch abwarten muss, um dieses dann an das Regierungspräsidium Karlsruhe weiterzuleiten. Danach wird der Antrag dann nach Stuttgart weitergeleitet. Das Konzept wird voraussichtlich im Frühjahr 2016 fertig gestellt sein. Herr Inhoff, Leiter des Markgrafen-Gymnasiums weiß, dass vorher keine weitere Bearbeitung erfolgen kann. Zu den Überlegungen dort gehört auch, wie und wo man den Ganztagsbetrieb einschließlich Küche und Mesa verorten könnte. Sie berichtet nichts Neues, wenn Sie von dem gegenüberliegenden Grundstück berichtet, das sich evtl. dafür anbieten würde.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 1:        Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der Durlacher Schulen**

**Blatt 2**

---

Zum Thema Unterrichtsausfall und Lehrerversorgung möchte Sie berichten, dass sie deshalb Kontakt mit dem staatlichen Schulamt aufgenommen habe. Die Vertreterinnen können aufgrund terminlicher Überschneidungen hier an der Sitzung nicht teilnehmen.

Sie hat sich aber von dort die Auskünfte eingeholt, dass an den Durlacher Schulen die Unterrichtsversorgung sichergestellt ist, d.h. der Bildungsplan kann vollumfänglich mit entsprechendem Lehrpersonal unterrichtet werden. Einzige Ausnahme ist die Pestalozzi-Schule. Dort wird im Moment der Bildungsplan erfüllt, der Ergänzungsbereich ist jedoch noch nicht ganz sicher gestellt. Dies ist dem Staatl. Schulamt in Karlsruhe bekannt. Eine Stelle hierfür ist bereits ausgeschrieben.

**- Klopfbeifall -**

**Die Vorsitzende (Ortvorsteherin Alexandra Ries)** bedankt sich bei Frau Scheuerer für ihre ausführlichen Informationen und übergibt das Wort an Ortschaftsrat Scheuermann.

**OR Scheuermann (CDU-Fraktion)** fragt zu den Zahlen der Oberwaldschule im Hinblick auf die 20 Schüler, die sich in Wolfartsweier angemeldet haben nach. Seiner Meinung nach ergibt sich eine Differenz von 14 und nicht 33 Schülern weniger.

**Frau Scheuerer (SuS)** antwortet, dass diese Differenz deshalb besteht, dass ein nicht so starker Jahrgang nachgefolgt ist – was die Fluktuation erklärt, aber sicher nicht mit 33 Schülern. Es ist in der Tat so, dass man in der Grundschule Wolfartsweier wieder Zugänge von Schülerinnen und Schüler hat, die eigentlich zum Schulbezirk der Oberwaldschule Durlach wohnhaft und zugehörig sind. Allerdings laufen diese Bezirks-Wechsel über das Staatliche Schulamt und zwar mit verschiedenen Begründungen, wie zum Beispiel der Betreuung am Nachmittag, einer Tagesmutter, oder anderen Begründungen. Diesen Begründungen wird stattgegeben.

**OR Fink-Sonntag (FDP-Fraktion)** möchte zur Pestalozzi-Schule wissen, ob der Schulbetrieb dort wegen der VKL-Klassen aufgestockt wurde? Es ist zu erwarten, dass durch die Flüchtlingssituation noch zusätzliche Kinder kommen werden. Ist geplant, dass dies aufgefangen wird, dass die Schule unterstützt wird? Wie sehen die weiteren Projekte hierzu aus?

**Frau Scheuerer (SuS)** antwortet, dass man anhand der Zahlen der Pestalozzi-Schule sehen kann, dass es diesbezüglich keine Veränderungen gäbe, weder im Grundschul- noch im Werkrealschulbereich. Selbstverständlich erwarte man aufgrund der Flüchtlingssituation Zuwachs. Das Staatl. Schulamt ist derzeit dabei Konzepte für die Grundschulen und weiterführenden Schulen im Stadtgebiet zu erarbeiten. Letzter Stand ist hier, dass

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Jährlicher Bericht des Schul- und Sportamtes zur Schulsituation der Durlacher Schulen**

**Blatt 3**

---

man versucht, ein bis zwei Grundschulklassen der Vorschulklassen der Schillerschule auszubauen und zu etablieren. Die Schillerschule hat noch Außengelände auf dem Gebiet der Uhlandschule in der Schützenstraße in der alten Südstadt. Dort wird im Moment schon eine VKL Klasse ausgeweitet. Das Konzept des Staatl. Schulamtes sieht vor, VKL-Klassen nicht zu streuen – also auf viele Schulen in Karlsruhe zu verteilen.

Bei der Schillerschule soll ein Hauptstandort der VKL-Klassen gebildet werden, da dort schon 7 oder 8 VKL-Klassen bestehen. Die Schillerschule wird ihren Werkrealschulzug verlieren, da im neunten Schuljahr nur noch 16 Schüler sind, die im nächsten Jahr von der Schule abgehen. Man möchte versuchen, noch ein bis zwei VKL-Schulklassen zu integrieren, damit die Schule existent bleiben kann.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** bedankt sich bei Frau Scheuerer für ihre Präsentation und fragt die Anwesenden, ob es hierzu noch Fragen gibt.

**OR Holstein (SPD-Fraktion)** fragt, ob die Schüler der VKL-Klassen mit Schulbussen gesammelt und an einen bestimmten Schulstandort gefahren zu werden?

**Frau Scheuerer (SuS)** bejaht diese Frage.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** merkt an, dass Frau Scheuerer noch zu TOP 4 Informationen geben wird.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Amalienbadstraße 41“,  
1. Änderung**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft den TOP 2 auf und gibt folgende Information auf Nachfrage aus dem Ältestenrat zur Kenntnis:

Das Architekturbüro teilte mit, dass es den alten Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 741 von 2001 gibt, der eine reine Büronutzfläche (ohne WC, Küche, etc.) von 11.700 qm ausweist. Ziel der jetzigen Planung ist es, eben diese Fläche wieder zu schaffen, aber in einer anderen Anordnung.

Die Vorsitzende fragt, ob es hierzu noch Fragen oder Anmerkungen gibt. Da dies nicht der Fall ist kommt sie zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig dafür.**

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 3: LSG Gießbachniederung/Im Brühl**  
Beschlussvorlage

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft TOP 3 auf und begrüßt hierzu Herrn Axtmann vom Zentralen Juristischen Dienst.

**Herr Axtmann (ZJD)** begrüßt die Anwesenden und berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (siehe Anlage).

Er merkt noch an, dass vor wenigen Tagen der Ortschaftsrat in Grötzingen dieser Vorlage einstimmig zugestimmt hat und dass man in den letzten Tagen noch „Rückenwind“ erhalten habe, durch Hochwasserschutzregelungen, durch Wasserrecht, das mit der Ausweisung von Hochwassergefahrenbereichen restriktive Bau- und Planungsverbote verfügt habe. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** bedankt sich bei Herrn Axtmann und gibt das Wort an OR Malisius.

**OR Malisius (FDP-Fraktion)** fragt, warum die Grenze nach Norden nicht bis zur Weingartener Gemarkung gezogen wurde? Ist das schon Landschaftsschutzgebiet oder hört das beim Wald auf? Man hätte das Landschaftsschutzgebiet doch weiter nach Norden ziehen können?

**Herr Axtmann (ZJD)** meint, dass diese Frage berechtigt sei. Man hätte in diesem Fall das angrenzende Naturschutzgebiet wo das neue Landschaftsschutzgebiet unmittelbar anschließt nicht dargestellt. Im Norden ist der Lückenschluss begrenzt durch das Naturschutzgebiet Weingartener Moor. Dies erstreckt sich über Grötzingen und Weingartener Gemarkung. Man hat es wegen der Gebietsart hier so nicht dargestellt.

**OR Pötzsche (B'90/Die Grünen-Fraktion)** bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Axtmann. Er findet es gut, dass das Projekt nach nun fast 10 Jahren seinen Abschluss findet. Man habe eine gute Lösung und Akzeptanz im gemeinsamen Dialog mit den Betroffenen gefunden. Deshalb wird seine Fraktion dem Plan zustimmen.

**Die Vorsitzende (Vorsitzende Alexandra Ries)** bestätigt, dass die guten Gespräche ein Ergebnis gebracht habe, auf das der ZJD stolz sein könne.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmige Zustimmung bei einer Enthaltung.**

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Weitere Ganztagsgrundschulen nach § 4a Schulgesetz Baden-Württemberg zu Schuljahr 2016/17**

Beschlussvorlage

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft TOP 4 auf und erklärt, dass man die Beschlussvorlage dahingehend geändert habe, dass man nur für die Oberwaldschule zuständig sei und nicht über die Marylandschule abstimmen könne.

**OR Pötzsche (B'90/Die Grünen-Fraktion)** merkt an, dass ihm bei der Beschlussvorlage der Kommentar bezüglich des Votums der schulischen Gremien fehle.

Außerdem wurde bei einer Elternversammlung oder Elternbeiratssitzung an der Oberwaldschule von einem Elternteil die Information transportiert, dass an einer anderen Karlsruher Schule, trotz der Einführung eines Ganztagsbetriebs, weiterhin einen Hort geben würde.

Dieses Hortthema ist bei den Eltern der Oberwaldschule durch die Einführung des Ganztagsbetriebs ein strittiges Thema, da einige Eltern die Weiterführung des Horts begrüßen würden, was von Seiten der Stadt Karlsruhe aber nicht gewünscht ist.

**Frau Scheuerer (SuS)** antwortet, dass die schulischen Gremien, der Elternbeirat, die Gesamtlehrerkonferenz und die Schulkonferenz mehrheitlich der Einführung und der Beantragung des Ganztagsbetriebs in der Grundschule zugestimmt haben. Sie ergänzt, dass an Grundschulen, wo ein Hort in unmittelbarer Nähe betrieben wird, dieser sukzessive auslaufen wird. Im Klartext heißt dies, dass wenn der Ganztagsbetrieb an der Oberwaldschule in Aue mit der Klassenstufe 1 beginnt, der Hort keine Erstklässler mehr aufnehmen wird. Selbstverständlich könne man den Hort aber nicht von einem auf den anderen Tag schließen. Der Hort wird noch weitere drei Jahre in Betrieb bleiben und dann wird man diesen auslaufen lassen.

Bei Grundschulen, wo sich der Hort losgelöst vom Standort befindet, kann man selbstverständlich keine unmittelbare Konkurrenz sehen. Deshalb wird man im Einzelfall beobachtet müssen, ob es dort zu einer geringeren Anzahl von Anmeldungen kommt. Danach wird die Sozial- und Jugendbehörde entscheiden müssen, was weiter zu geschehen hat.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Zustimmung.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 5:       Verkehrssicherung Gleiskörperübergang in Durlach/Aue - Dra-  
chenwiese**

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 30.03.2015

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft TOP 5 auf und begrüßt hierzu Herrn Messerschmidt von den Verkehrsbetrieben.

Sie übergibt den Vorsitz an **Herrn Pötzsche (stellv. Ortsvorsteher)**.

**Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** gibt dem Antragsteller, Ortschaftsrat Müller, das Wort.

**Ortschaftsrat Müller (CDU-Fraktion)** geht auf den Inhalt des Antrags seiner Fraktion ein. Man sieht entgegen der Stellungnahme der VBK die sicherheitsbedingten Mängel an dieser Stelle anders. Er fragt, ob bei der durchgeführten Überprüfung des Gleiskörpers, der dichte Bewuchs, der die Sicht erheblich einschränkt, im Hinblick auf die Schulkinder berücksichtigt wurde?

Er habe selbst eine Kontrolle der Bahnen durchgeführt, ob diese die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30km/h einhalten. 61 % der Bahnen, die die Haltestelle Ellmendinger Straße in Richtung Wolfartsweier verlassen, fahren schneller.

**Herr Messerschmidt (VBK)** möchte ein paar Worte zum Überweg sagen.

In der Tat nehmen die Verkehrsbetriebe das Thema Sicherheit ernst. Es gibt ein Rechtsverfahren, inwieweit ein solcher Übergang gesichert wird. Eine Überprüfung dieser Übergänge findet regelmäßig statt.

Die Strecke ist 2004 in Betrieb genommen worden. Die Bahnübergänge sind, wie im Plan dargestellt, von der Behörde mit Sitz in Stuttgart, kontrolliert worden. Die letzte Begehung, die durchgeführt wurde, fand am 10.07.2014 statt. Sie wurde von einem Gremium, bestehend aus den Verkehrsbetrieben mit den verschiedenen Fachbereichen, der Verkehrspolizei, der technische Aufsichtsbehörde und dem Tiefbauamt mit seinen Fachbereichen, durchgeführt. Der Übergang wurde auf Beschädigungen, Änderungen im Bewuchs und ähnliches überprüft, da es nach einer gewissen Zeit immer zu Veränderung gegenüber dem geplanten Entwurf kommt. Letztendlich wurde aber festgestellt, dass der Übergang in Ordnung ist. Mit neuester Technik wurde die Sichtweise am Übergang überprüft und man hat im Anschluss daran, die zulässige Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert.

Die Sicht ist weder durch Bewuchs noch durch bauliche Maßnahmen beeinträchtigt. Der Bahnübergang ist aus der Sicht der VBK im jetzigen Zustand uneingeschränkt in Ordnung und diese Einschätzung wird auch von den in Karlsruhe für die Verkehrssicherheit zuständigen Behörden geteilt.

Bei dem Thema Schulwegsicherheit kommt es immer wieder zu der Frage einer Signalanlage. Dies stellt letztendlich aus Sicht der VBK keine größere Sicherheit dar. Der tödliche Unfall, der angesprochen wurde, fand an einem signalisierten Übergang statt.

Er meint, dass die Akzeptanz von Signalanlagen nicht sonderlich hoch ist. Es gibt also keine Gewähr dafür, dass Übergänge mit Signalanlage sicherer sind.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Verkehrssicherung Gleiskörperübergang in Durlach/Aue - Drachenwiese**

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 30.03.2015

**Blatt 2**

---

Man sieht von Seiten der VBK deshalb keine Veranlassung hier bauliche Veränderungen vorzunehmen.

**OR Wenzel (Freie Wähler)** geht auf einen Unfall eines Schülers in der Ludwig-Marum-Straße an einer unübersichtlichen Stelle ein. Er fragt, ob man nicht am Gleiskörper die Geschwindigkeit der Bahnen von 30km/h auf 20km/h reduzieren könne? Dies wären keine baulichen Maßnahmen, aber ein Sicherheitspuffer.

**Herr Messerschmidt (VBK)** merkt an, dass man die Geschwindigkeit am Übergang von 40km/h auf 30km/h herunterreduziert habe. Aus eigener Praxis – er fahre ja selbst auch Bahn – könne er sagen, dass der Bereich bei einer Geschwindigkeit von 30km/h wunderbar einsehbar ist.

In der Kaiserstraße fährt die Bahn 25 km/h und hier habe man die Erfahrung gemacht, dass gerade größere Kinder – weil die Bahn ja nicht so schnell ist – diese nicht als Gefahr einschätzen. Eine Bahn, die zu langsam fährt, wird nicht mehr als Gefahr wahrgenommen!

**OR Maier (B'90/Die Grünen)** meint, es gibt einen Unterschied zwischen subjektiver und objektiver Sicherheit. Er ist diesen Bahnübergang schon öfter – auch mit Kindern – gelaufen und habe dabei immer ein etwas unsicheres Gefühl gehabt, da die Gleise einen Bogen machen und man diese dann nicht mehr einsehen könne. Die Aussage, dass es aus Sicht des Straßenbahnfahrers, der sich an die Geschwindigkeit hält, sicher möglich ist, anzuhalten, wenn dort jemand die Gleise betritt, sei für ihn eine positive Aussage. Er sieht die Möglichkeit einer Verbesserung, in dem man evtl. einen Spiegel aufstellen könnte.

Er ist nun, nach den von Herrn Messerschmidt vorgetragenen Argumenten der Ansicht, dass der Übergang in seiner jetzigen Bauweise sicher ist.

**OR Stutz (Freie Wähler)** weiß im Moment nicht so recht, wie sie sich entscheiden soll. Im Antrag stand nicht explizit, dass es sich um kleine Kinder handelt, die beim Überqueren gefährdet seien. Sie sieht sich außerstande über diesen Antrag abzustimmen, da sie den Übergang aus der Sicht eines Kindes nie betrachtet habe. Jedoch hält sie die Idee von Kollege Maier, dort einen Spiegel anzubringen, für gut.

**OR Pfalzgraf (SPD-Fraktion)** spricht an, dass er nach der Aussage von OR Stutz etwas irritiert sei, da sie davon gesprochen habe „ein bisschen Sicherheit“ zu erreichen.

In der Vorlage – wie Herr Messerschmidt auch erläuterte – wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass der Übergang sogar sehr sicher ist. Die Institutionen, die diese Sicherheit überprüft haben, sind genannt.

Er lehnt sich an die Worte von OR Maier an und möchte hinzufügen, dass allein die Tatsache, dass man vielleicht dieses subjektive Gefühl der Unsicherheit hat, dazu motiviert,

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Verkehrssicherung Gleiskörperübergang in Durlach/Aue - Drachenwiese**

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 30.03.2015

**Blatt 3**

vorsichtig zu sein. Das Gefühl der Sicherheit ist immer wieder der Grund, warum manche Leute sich sicher fühlen und prompt in die Straßenbahn laufen. Es gibt Beispiele genug!

Insofern kann er die Stellungnahme der Verwaltung nachvollziehen.

**Herr Messerschmidt (VBK)** möchte noch auf den angesprochenen Spiegel zu sprechen kommen. Es ist sicher ein interessanter Gedanke.

Er gibt aber zu bedenken, dass wenn man auf den Überweg zulaufe seine Sicht nach links lenke, um der von der linken Seite kommende Bahn entgegen zu schauen, dann durch die schräge Gleisführung auf die andere Seite schauen muss, um zusätzlich noch den aufgehängten Spiegel zu berücksichtigen. Das ist für ein Kind irreführend.

Der Spiegel wird im Regelfall so aufgehängt, dass er einen nicht einsehbaren Winkel einsieht. Deshalb kann er nicht in der Blickrichtung aufgehängt werden, auf die man schauen muss, wenn man die Bahnen sehen möchte. Für Kinder ist das sehr schwer, einerseits gerade aus zu schauen und andererseits noch den Spiegel zu berücksichtigen, wo die Bahnen aus einer anderen Richtung gefahren kommen.

Kinder brauchen eine klare Aussage. Der Spiegel wäre hierbei nicht sinnvoll!

**OR Ralf Köster (B90/Die Grünen)** schließt sich den Ausführungen von Herrn OR Pfalzgraf an. Er habe sich den Übergang mehrmals angeschaut. Für Kinder jeglicher Größe hat man ungefähr eine Sicht von ca. 30 – 50 m auf hereinfahende Bahnen – völlig unverbaut, wenn man den Bahnübergang noch nicht betreten hat. Dort gibt es keinen Zaun in Blickrichtung, der ist erst bei ca. 50 – 70 m danach. Dort ist dann auch ein Bewuchs, der im Moment relativ kurz geschnitten ist. Wenn die Bahn 30km/h fährt, legt sie ca. 8 – 10 m pro Sekunde zurück – man hat also bis zu 10 Sekunden Zeit von dem Moment an, wo man die Bahnen sieht, bis sie in die Haltestelle einfährt. Wenn man sich also normal und sicher verhält, erscheint der Bahnübergang als völlig sicher.

Der Bewuchs – und darauf muss man eben achten – müsste immer niedrig gehalten werden.

**OR Fink-Sontag (FDP-Fraktion)** meldet sich noch einmal zu Wort um anzumerken, dass Schüler, die nicht aufpassen, an diesem Übergang gefährdet sind. Die Bahnen dort fahren deutlich schneller als 30km/h. Wenn die Bahnen die Geschwindigkeitsbegrenzung einhalten würden, wäre es ein sicherer Übergang.

**OR Müller (CDU-Fraktion)** merkt an, dass seine Fraktion auf eine Abstimmung verzichtet!

**Der Vorsitzende (stellv. Ortschaftsrat Martin Pötzsche)** bedankt sich bei Herrn Messerschmidt für seine Ausführungen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Neuordnung Prinzessen-/Marstallstraße**

Antrag der Freien Wähler-OR-Fraktion, eingegangen am 04.09.2015

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft den TOP 6 auf.

**OR Stutz (Freie Wähler)** meint, dass man sich vor Ort nach Antragstellung getroffen habe. Wichtig ist ihr weiterhin jedoch, dass die Umfunktionierung der Prinzessenstraße in Fahrriichtung Karlsburg – also von der Marstallstraße zur Karlsburgstraße – zur Einbahnstraße umfunktioniert wird. Sie bittet, diesen Punkt des Antrags in den Ausschuss II zu verweisen, um dort mit den Fachämtern zu diskutieren.

Den Antrag würde sie in den anderen Punkten zurückziehen, um abzuwarten, wie sich die Situation nach Aufstellung der Poller in den nächsten sechs bis acht Wochen verändern wird.

**Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** sagt zu, dass der Antrag in die nächste Sitzung des Ausschuss II verwiesen wird.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 7: Parken auf den Schulhöfen**

Antrag der SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** ruft den TOP 7 auf.

**OR Dr. Rausch (SPD-Fraktion)** erläutert seinen Antrag und bittet um Zustimmung.

**OR Griener (CDU-Fraktion)** meint, wenn man diese Flasche öffnet, wird man den Korben nicht mehr auf die Flasche bekommen. Es ist nicht sichergestellt, wie eine solche Aktion kontrolliert werden sollte. Man wird erleben, dass die Bevölkerung diesen Parkplatz dankbar annehmen, aber nicht mehr nach anderen Parkmöglichkeiten außerhalb des Schulhofes suchen wird. Seine Fraktion und er sind der Meinung, Schulhof sei Schulhof und Parkplatz sei Parkplatz und ein Schulhof ist eben kein Parkplatz, deshalb von seiner Seite eine Ablehnung.

**OR Stutz (Freie Wähler)** möchte zur Nutzung des Schulhofes als Parkplatz ergänzen, dass das Markgrafen-Gymnasium bis 2013 ihr Wahllokal gewesen sei und man dort bei jeder Wahl parken durfte. Eine Nutzung die offensichtlich zu dieser Zeit auch von der Stadt Karlsruhe erlaubt war. Sie fände es sinnvoll, wenn für Gottesdienstbesucher, die am Sonntag aus der ganzen Region zur Kirche kommen, dort Parkmöglichkeiten geschaffen werden. Natürlich beaufsichtigt von dem entsprechenden Nutzer – also der Kirche. Insofern sieht sie auch keine Gefahr, dass unkontrolliert geparkt werden würde. Man könnte hier ja mal probeweise den Schulhof als Parkplatz öffnen.

**OR Maier (B90/Die Grünen)** stimmt den Ausführungen von OR Griener zu. Er findet die Begründung im Antrag, dass der Parkraum für Mitglieder geschaffen werden soll, die nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule gelangen, nicht gut. Wenn man Verkehrsuntersuchungen liest, weiß man, dass ein Großteil der Leute die Auto fahren dies tun, weil sie es so wollen und sich nicht die Mühe machen zu schauen, ob es mit öffentlichen Verkehrsmitteln auch möglich wäre. Wenn nur Leute mit dem Auto fahren würden, die dies nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln tun können, dann hätten wir die Parkplatzprobleme in der Umgebung nicht. Er verweist auf den in Karlsruhe verabschiedeten Verkehrsentwicklungsplan, mit Zielen über Verkehrsverlagerungen, Förderung von Radverkehr, Förderung von ÖPNV, etc. auch mit Stimmen der SPD. Man sollte jetzt, wo es konkret wird, was dort festgelegt wurde, nicht mit kostenlosen Parkplätzen entgegensteuern. Man muss auch bedenken, dass rundherum bewirtschafteter Parkraum besteht und das in nicht allzu großer Entfernung. Ihm und seiner Fraktion gefällt die Richtung dieses Antrags nicht und deshalb wird man ihn ablehnen.

**OR Dr. Rausch (SPD-Fraktion)** möchte ergänzend erwähnen, dass im Antrag der SPD nichts über einen kostenlosen Parkplatz stehen würde. Wenn man an die Haushaltsstabilisierung denkt, wäre hier durch eine entsprechende Bewirtschaftung vielleicht sogar noch Geld zu erwirtschaften. Dies ist aber nicht erstes Ziel des Antrags. Ziel war, gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, Dienstleister zu sein. Ihm ist bewusst, dass es bei der

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 7: Parken auf den Schulhöfen**

Antrag der SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

**Blatt 2**

Grünen-Fraktion generell Bedenken gegen das Autofahren gibt. Seine Fraktion ist hier aber realistisch und sagt, dass Autofahren kann man nicht verhindern. Bevor Autofahrer lange im Kreis fahren, weil sie keinen Parkplatz finden und so die Umwelt noch mehr belasten, wäre es doch sinnvoll, diesen Parkraum zu öffnen. Er hält deshalb den Antrag aufrecht.

**Der Vorsitzende (stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche)** übergibt den Vorsitz an **Ortsvorsteherin Alexandra Ries**.

**OR Dr. Köster (B'90/Die Grünen)** merkt an, dass er auch lange Jahre zum Markgrafengymnasium gegangen ist, um dort zu wählen. Dass dort geparkt wurde, liegt wahrscheinlich aber daran, dass nie abgesperrt wurde. Wenn ein Bedarf besteht, wird dieser genutzt. Es ist temporär dumm gelaufen, denn dort muss es wohl einen Hausmeister gegeben haben, der sich an dieser Situation gestört hat. Hätte dieser nichts gesagt, oder getan, könne man da wohl noch 30 Jahre parken, ohne dass sich Jemand daran stören würde. Nur, jetzt ist natürlich der Fehler passiert, dass offiziell angefragt wurde und dann müsse man eben auch mit der offiziellen Antwort leben. Bei Elternabenden habe er die Situation über lange Jahre so empfunden, dass es zu völlig chaotischen Situationen beim Parken im Schulhof gekommen sei. Selbst die Fahrradabstellmöglichkeiten wurden so zugestellt, dass kein Fahrrad mehr abgestellt werden konnte. Das sind Realitäten, die sich früher so abgespielt haben. Nun ist der Schulhof durch eine Schranke geschlossen. Er möchte heute Abend seine Hand nicht dafür erheben, um die alte Situation wieder herzustellen, dafür ist ihm die Meinung der Verwaltung zu wichtig. Auch wenn ihm die Begründung der Verwaltung, auf ein Parkverbot auf Schulhöfen seit 1966 zu verweisen, weit hergeholt erscheint. Da hätte man vielleicht mal erneut nachdenken können. Wenn man dazu aufruft, über bewirtschafteten Parkraum nachzudenken, sollte man diesen Wunsch nach Karlsruhe weiter geben. Dort sollte überlegt werden, wo ähnliche Situationen herrschen, um sich dann gegebenenfalls etwas einfallen zu lassen. Aber nicht wieder eine „Insel-Lösung“ für Durlach schaffen, nur weil es hier eine Ortschaftsrat gibt.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** bedankt sich für die Wortmeldungen. Sie bestätigt noch einmal die Aussage von Ortschaftsrat Dr. Rausch, dass der Antrag aufrecht gehalten werde und kommt deshalb zur Abstimmung.

**Abstimmung:**

**8 Stimmen dafür**

**1 Stimmenthaltung**

**11 Stimmen dagegen**

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 8: Änderung der missverständlichen Beschilderung „Stromberg-Murratalweges“ für Radfahrer**

Antrag der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 30.09.2015

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft TOP 8 auf und fragt, ob es hierzu Wortmeldungen gibt.

**OR Malisius (FDP-Fraktion)** geht auf den Antrag seiner Fraktion ein.

Er kann die Antwort der Verwaltung, des Stadtplanungsamtes, nicht verstehen, dass diese die Namensgebung für gut heißen, die Heimat hinten anstellen. Er kritisiert den mangelnden Einsatz der Abgeordneten und Ministerialbeamte aus Karlsruhe in Stuttgart.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** bittet, auch wenn es in diesem Fall nicht gegen die Kollegen im Rathaus gehe, sondern gegen die Landtagsabgeordneten, doch die Wortwahl zu überdenken.

**OR Fink-Sontag (FDP-Fraktion)** stellt fest, dass die Namensgebung und die Zwischenwegweiser im Winter 2015/16 grundsätzlich geändert werden sollen. Sie fragt, warum bei dieser Maßnahme nicht gleichen eine vernünftige Bezeichnung vom Land erstellt wird?

**OR Köster (B90/Die Grünen)** meint, dass in seiner Fraktion am Anfang viel Verständnis für den Antrag der FDP-Fraktion herrschte. Allerdings jedoch nur die Beschilderung zwischen Hub und Bahnhof Durlach. Dort ist die Wegeführung unterschiedlich beschildert. Er dachte an einen Schreibfehler, ließ sich jedoch durch das Internet eines besseren belehren.

Man ist zu der Erkenntnis gekommen, dass die Bezeichnung in Ordnung sei, da Durlach auf der Strecke liege und nicht an einem Endpunkt. Würden wir anfangen, diese Schilder umzubenennen, kämen vermutlich auch andere Gemeinden auf diese Idee und wie solle man dann eine Bezeichnung finden?

Anregen möchte er allerdings, die Beschilderung genau anzuschauen, ob es denn notwendig sei, dass man auf einem kurzen Stück zweierlei Streckenführungen je Richtung ausweist.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Sie meint, abstimmen brauche man nicht, da es sich um einen Radweg des Landes handelt, der nicht in kommunalen Gremien entschieden wird. Der Ansatzpunkt wäre, sich wegen der Beschilderung an das Land zu wenden. Dies wird von der Verwaltung erledigt.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 9: Flächen gewinnen durch Innenentwicklung - Fiduciastraße**

Antrag der SDP-OR-Fraktion, eingegangen am 2.10.2015

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft Top 9 auf.

**OR Dr. Rausch (SPD-Fraktion)** erläutert die Motivation seiner Fraktion zu diesem Antrag.

Seine Partei unterstütze das Programm, jedoch glaubt man, genügend Sachkunde zu haben, um sagen zu können, dass wir im Ortschaftsrat Durlach an der Fiduciastraße – und zwar genau dort wo es vorgeschlagen wurde – keine Wohnbebauung wollen. Dies wurde im Antrag deutlich begründet. Die Verkehrsbelastung ist deutlich zu groß, deshalb bedauere man es auch, dass das Stadtplanungsamt sich in seiner Antwort nicht mit den Argumenten seiner Partei auseinandergesetzt habe, sondern letztendlich vorgeschlagen hat, so weiter zu machen, um danach entscheiden zu können.

Er meint, dass man im Ortschaftsrat genug Sachkunde besitzt, um das selbst entscheiden zu können. Aufgabe ist es im Rahmen der Bebauungsplanung dafür zu sorgen, dass das planerische Ziel der gesunden Wohn- und Arbeitsplätze gewahrt bleibt. Der Platz ist zu gering, um nachhaltig Wohnraum zu schaffen. Seine Fraktion lasse sich nicht durch Protestnoten und Bürgerbeteiligungen leiten. Es gehe ausschließlich darum zu sagen, diese Fläche ist aufgrund der hohen Immissionsbelastung und aufgrund der Lage nicht für Wohnbebauung geeignet.

**OR Griener (CDU-Fraktion)** meint, man spreche hier von einem Forschungsprojekt, bei dem noch nichts entschieden ist. Es wird von Studenten ausgearbeitet und seine Fraktion und er möchten deshalb vorher nichts ablehnen oder ein Denkverbot erteilen.

Denn es wäre nichts anderes. Er und seine Fraktion sind der Meinung, wenn hier jemand eine Idee hat, steht man dieser Idee offen gegenüber. Was noch nicht heißt, dass man dann in irgendeiner Art und Weise zustimmen werde. Er lehnt es ab, schon vorher zu sagen, dass das Gelände nicht geeignet ist und das dort zu viel Verkehr wäre. Die Leute, die dieses Projekt erarbeiten, haben genügend Sachkenntnis, um das einschätzen zu können.

**OR Pötzsche (B'90/Die Grünen)** habe Anfang Oktober durch die Presse von dem Antrag erfahren. Er und seine Fraktion können den Antrag der SPD-Fraktion nicht verstehen. Hier wurde durch den Gemeinderat eindeutig ein Auftrag an die Verwaltung gegeben, mögliche Bauflächen in Karlsruhe zu suchen und zu prüfen. Nun prüft eine Gruppe des KIT und ein Architektenbüro, im Rahmen eines Forschungs- und Förderprogramms, in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt, verschiedene Flächen in und um Karlsruhe, auch in der Fiduciastraße. Er könne nicht erkennen, was daran schlecht sei und warum man so etwas noch vor Projektende stoppen solle?

Am 13. Mai wurde der Ortschaftsrat in nichtöffentlicher Sitzung von diesem Projekt informiert. Die vom Ortschaftsrat geforderte Beteiligung und sehr frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung hat stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Beteiligung fließen im Abschlussbericht um die Bewertung mit ein. Genau wie die Prüfung der Umwelt- und Naturschutzaspekte.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015****Protokoll zu****TOP 9: Flächen gewinnen durch Innenentwicklung - Fiduciastraße**

Antrag der SDP-OR-Fraktion, eingegangen am 2.10.2015

**Blatt 2**

Es sei vorstellbar, dass man nach Vorstellung des Projektberichts zum Ergebnis komme, dass nichts Sinnvolles umgesetzt werden könne. Es kann aber auch sein, dass uns ein pffiffiger Vorschlag unterbreitet wird, von dem keiner etwas ahnt. Die Sachkenntnis, von der Kollege Dr. Rausch spricht, was an architektonischen und raumnutzerischen Konzepten zur Verfügung steht, wage seine Fraktion zu bezweifeln. Die letzte Entscheidung treffen die politischen Gremien und nicht dieses Forschungsteam, ob und wie etwas umgesetzt wird. Insofern gebe er dem Kollegen Griener recht. Ein Denkverbot, wie es im Antrag artikuliert wird, trage seine Fraktion nicht mit.

Er mache keinen Hehl daraus, dass bei seiner Fraktion spontan der Gedanke aufkommen sei, ob bei diesem Antrag nicht dahinter steckt, sich die Gunst der Anwohner zu sichern, die in direkter Nähe dieses Gebietes leben. Wer bei der Bürgeranhörung dabei war, hat auch die Meinungen gehört, dass durch dieses Projekt eine Idee entwickelt werden könnte, damit es zu Verbesserungen was den Lärmschutz in diesem Gebiet anlangt, kommen könnte. An deren Gunst sollte man nicht vorbei gehen.

**OR Stutz (Freie Wähler)** meint, sie würde sich auch nicht zutrauen, hier eine Gewichtung vorzunehmen oder zu qualifizieren. Sie versteht aber auch die Bedenken hierüber. Sie wurde angesprochen, ob schon gebaut wird, denn an der Ostmarkstraße wird schon gegraben. Den Vorwurf, dass Panik gemacht wird, muss sich die SPD gefallen lassen. Eine Panikmache bei einem Forschungsprojekt des KIT ist nicht wünschenswert. Sie selbst hätte sich in ihrem Architekturstudium gewünscht, an einem so realen Projekt arbeiten zu können. So etwas den Bürgern vorzustellen, um eine Resonanz zu erhalten, ist hilfreich und wünschenswert. Zur damaligen Zeit aber leider utopisch. Da die Stadt Karlsruhe das Projekt des KIT unterstützt, ist es nicht vorstellbar, dass man dem KIT etwas vorschreiben könne. Das KIT hat keinerlei Vorstöße zu einem Bebauungsplan gemacht. Bei der Veranstaltung wurde ausdrücklich darüber gesprochen, dass es sich um ein Denkmodell handle und man kann über die Ergebnisse gespannt sein. Ob diese Ergebnisse dann gut oder schlecht seien, darüber könne man sich dann ein Bild machen. Da sie in diesem Gebiet wohnt, weiß sie, dass die Versorgung nicht ausreichend ist. Da die Bevölkerung immer älter wird, ist sie der Meinung, dass kurze Wege wünschenswert seien. Vielleicht ergibt sich bei dem Projekt etwas, dass diese Versorgung verbessert. Zum jetzigen Zeitpunkt möchte sie sich weder für noch gegen das Projekt aussprechen und schon gar nicht Denkmodelle ablehnen.

**OR Pfalzgraf (SPD-Fraktion)** stellt klar, dass man nie ein Denkverbot ausgesprochen oder aufgeschrieben habe. Hier wird in einem Ton gesprochen, der unglaublich ist! Er widerspricht, sich sagen zu lassen, wann seine Fraktion einen Antrag stellt. Seine Fraktion habe nicht mehr und nicht weniger getan als ihre Meinung zu äußern. Dass wir uns etwas anmaßen, gegenüber der Meinung der Stadtverwaltung oder gegenüber dem Auftrag des Gemeinderates der Stadt Karlsruhe? Aufgrund dieser Meinung ist der Antrag entstanden. Er vertritt die Auffassung, dass der Platz dort nicht ausreichend ist, um zu bebauen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 9: Flächen gewinnen durch Innenentwicklung - Fiduciastraße**

Antrag der SDP-OR-Fraktion, eingegangen am 2.10.2015

**Blatt 3**

Er stellt den Kolleginnen und Kollegen die Frage, ob sie wirklich der Meinung seien, dass dort geprüft wird, mit dem Ziel einer Nichtbebauung?

Kollege Dr. Rausch hat einen wichtigen Satz gesagt, der wurde vollkommen ignoriert, sogar ins Gegenteil gestellt: „Dass wir nicht denjenigen dort ins Wort reden, die sich vehement und manchmal auch ein Stück weit unter der Gürtellinie gegen dieses Vorhaben ausgesprochen haben, sondern weil wir als SPD-Fraktion der Auffassung sind, dass die Gegend dort ungeeignet ist!“ Er hat noch gesagt, dass seine Fraktion das Vorhaben von KIT unterstützen werde, dort wo man es für richtig halte. Ob man etwas für richtig halten oder nicht, und ob man einen Antrag stellen werde oder nicht, das müsste man schon seiner Fraktion überlassen!

Jeder in diesem Haus kann so ein Antrag ablehnen oder zustimmen, dann muss man dies akzeptieren, aber man lasse sich von Keinem verbieten einen Antrag zu stellen!

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** meint, dies kann auch keiner. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und kommt zur Abstimmung. Zuvor aber, möchte sie noch auf zwei Aspekte hinweisen. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2016 präsentiert werden. Wir haben jetzt Mitte November. Die Entscheidung, ob uns die Ergebnisse gefallen oder nicht, könnten wir mit mehr Informationen im Frühjahr treffen. Dann möchte sie noch anmerken, dass man im Vorfeld nach den Straßen für die Projekte gefragt wurde. Es war auch Thema im Ortschaftsrat und Planungsausschuss, als es um die Auswahl dieser Straßen ging. Auch die Fiduciastraße wurde hierbei als Forschungsprojekt ausgesucht und benannt. Sie fragt, ob man das nun stoppen möchte?

**Abstimmung:**

**6 Stimmen dafür**

**1 Stimmenthaltung**

**13 Stimmen dagegen**

**Der Antrag ist abgelehnt und kommt im Frühjahr 2016 wieder auf die Tagesordnung.**

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 10: Räumung des Gebäudes Gritznerstr. 8 durch die Deutsche Post AG**

Anfrage der SDP-OR-Fraktion, eingegangen am 28.09.2015

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 10 auf.**

**OR Pfalzgraf (SPD-Fraktion)** stellt noch folgende zusätzliche Fragen:

1. Warum wurde gekündigt?
2. Wer ist der Eigentümer und wer ist Vermieter?
3. Was ist dort für die Zukunft geplant?
4. Wurde anderen Mietern auch gekündigt?
5. Ist die Verwaltung mit uns der Meinung, dass die Post alles andere als ein klares Bekenntnis zum Standort Durlach mit dem Hinweis in der Öffentlichkeit abgegeben hat, dass sie bemüht sein werden, im Umkreis von 2 km eine Möglichkeit für eine Postaufgabe zu schaffen?

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt zu, diese Fragen schriftlich zu beantworten.

Die AWO, die schon als Mieter im Gebäude ist, hat geäußert, dass sie an den Räumen der Post interessiert sei. Sie sind auch schon auf das Stadtamt Durlach zugekommen, ob in einer Kooperation Angebote mit dem Stadtamt gemeinsam unterbreitet werden könnten. Ideen für eine Folgenutzung sind also da. Wie die sich realisieren lassen, kann aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Da aber von der AWO diese Idee geäußert wurde, glaubt sie nicht, dass der AWO gekündigt wurde.

Dies wird aber im Detail noch geklärt.

**OR Dr. Rausch (SPD-Fraktion)** meint, man habe im Investitionshaushalt Gelder für den Umbau des Postplatzes bereit gestellt. Aus der letzten Legislaturperiode gibt es dazu auch schon einen Plan. Unter Umständen wird dieser hinfällig.

Es ist dringend anzuraten, den Sachverhalt im Auge zu behalten und nicht mit der Umsetzung zu beginnen, da man damit rechnen müsse, dass die Post aus dem Gebäude auszieht.

Man wisse nicht, ob es sich um ein staatliches Gebäude handelt. Man möchte wissen, ob es an einen privaten Käufer übertragen wurde und falls dem so ist, ob kommunale Gremien daran beteiligt waren?

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt die Klärung zu.

**OR Malisius (FDP-Fraktion)** stellt die Frage, ob das Gebäude der Postbank gehört? Diese wiederum gehört der Deutschen Bank und die Deutsche Bank verkauft die Postbank – baut also ab. Was passiert dann also?

Jedes Mal wenn er zur Post gehe, sind dort lange Schlangen an den Postschaltern. Er ist überzeugt, dass eine Post in Durlach benötigt wird. Wo wird die neue Post hinkommen?

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 10: Räumung des Gebäudes Gritznerstr. 8 durch die Deutsche Post AG**

Anfrage der SDP-OR-Fraktion, eingegangen am 28.09.2015

**Blatt 2**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt zu Kontakt mit der Post aufzunehmen, um die Fragen zu beantworten.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 11: Umbau Haltestelle Untermühsiedlung Durlach**

Anfrage der B'90/Die Grünen-OR-Fraktion, eingegangen am 28.09.2015

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft den TOP 11 auf.

**OR Köster (B'90/Die Grünen)** hat eine Zusatzfrage. Er möchte wissen, ob die Verwaltung auch der Meinung ist, dass man zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr von einer zeitnahen Realisierung sprechen kann. Ist die Inbetriebnahme mit dem Umzug der dm-Zentrale noch realisierbar?

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt zu, die Fragen zu klären.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015

Protokoll zu

TOP 12: Mitteilungen des Stadtamtes

Blatt 1

---

Fehlanzeige

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 13: Mündliche Anfragen**

**Blatt 1**

---

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** ruft den TOP 13 auf und übergibt das Wort an OR Scheuermann.

**OR Scheuermann (CDU-Fraktion)** möchte den Sachstand der WC-Anlage im Schlossgarten wissen. Im April wurde zugesagt, dass sie 2015 verwirklicht wird, bis jetzt ist aber nichts geschehen.

In Aue am Ende der Westmarkstraße zur Schlesierstraße steht ein Spiegel. Bei Baumaßnahmen wurde dieser verstellt. Wenn diese beendet sind, sollte man schauen, dass der Spiegel wieder richtig ausgerichtet wird.

**OR Stutz (Freie Wähler)** möchte wissen, warum in der Göllnitzer Straße in Aue, eine Seitenstraße der Schlesierstraße, alle Bäume gefällt und durch Neupflanzungen ersetzt wurden? Man möchte die Gründe hierfür erfahren.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** sagt eine Klärung zu.

**OR Volz (SPD-Fraktion)** möchte den Sachstand zur Bebauung „Unten am Grötzinger Weg“ wissen. Ist ein städtebaulicher Wettbewerb schon ausgeschrieben?

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** schlägt vor, hierüber im nächsten Planungsausschuss zu berichten.

Sie ist in Gesprächen mit dem Stadtplanungsamt, hinsichtlich der Ausschreibung eines städtebaulichen Ideen-Wettbewerbs. Hier ist man im Moment dabei zu planen und auszuarbeiten.

Die zweite Seite ist der Sport- und Freizeitpark. Hier wurde die Bürgerbeteiligung mit Jugendlichen und Schülern gestartet. Auch die Bevölkerung, die Senioren und eine Online-Befragung wurden hier gestartet. Hierzu gibt es eine öffentlich moderierte Veranstaltung. Die Ergebnisse fließen dann in die Gesamtplanung Sport- und Freizeitpark ein. Im nächsten Schritt wird ein Landschaftsplaner beauftragt.

Das nächste Gespräch zu diesem Thema auf Dezernatsebene findet Anfang Dezember statt.

**OR Jörg Köster (SPD-Fraktion)** merkt an, dass die Beschilderung oben auf dem Turmberg nicht ausreichend ist. Die Verkäufer im Fahrkartenschalter werden immer wieder auf den Weg zum Kletterpark angesprochen, da dieser nicht ausreichend beschildert ist. Außerdem kommen immer wieder Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, dass der Handlauf im Turmberg rostig ist. Das Gelände ist in einem desolaten Zustand.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** spricht Herrn Strehl vom Hochbau an, der anwesend ist. Dieser sagt, dass das Problem bekannt sei und man in Kürze das Gelände streichen werde.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 11.11.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 13: Mündliche Anfragen**

**Blatt 2**

---

**OR Fink-Sontag (FDP-Fraktion)** möchte wissen, warum die Frist der Bürgerbeteiligung Untere Hub so kurzfristig war. Außerdem gab es viel Kritik zur Fragestellung. Man habe die Fragestellung nicht verstanden oder fühlte sich nicht angesprochen.

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** weist darauf hin, dass von 1100 Fragebogen, die die Schüler ausgeteilt haben, 1085 Bögen zurückgekommen sind. Wenn man wissen möchte, was an Freizeitaktivitäten gewünscht ist, muss man auch danach fragen. Die Frist ist in der Tat relativ kurz. Das liegt an der Planung. Jeder hat noch einmal die Gelegenheit, im moderierten Workshop mitzumachen, auch ohne vorher den Fragebogen ausgefüllt zu haben.

**OR Malisius (FDP-Fraktion)** spricht an, dass im Pfinztor eingebrochen wurde. Nun gab es sehr viele Anfragen, was hiergegen unternommen werde. Er versuchte zu beschwichtigen, aber durch die Flüchtlingsproblematik sind die Bürgerinnen und Bürger in Aufruhr. Könnte man eine öffentliche Stellungnahme abgeben, ob die Einbruchgefahr gestiegen ist, oder ob es mit der Flüchtlingsproblematik zusammen hängt?

**Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries)** schlägt vor, deshalb beim Polizeirevier nachzufragen? Es gibt immer wieder Einbruchserien. Frau Evers hat schon erläutert, dass die Nähe zur Autobahn eine Rolle spielt, es also kein Flüchtlingsproblem ist.

Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und schließt den öffentlichen Teil um 18:47 Uhr.

**Die Vorsitzende:**

**Die Urkundsbeamten:**

.....  
**Ortsvorsteherin Ries**

.....  
**OR Scheuermann (CDU) OR Dr. Wagner  
(OR-Fraktion B 90/  
Die Grünen)**

**Die Protokollführerin:**

.....  
**Susi, Stadtamt Durlach**